Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Pf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Herzog-Max-Straße Nr. 4.

Inhalt:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Pfennig / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Herzog-Max-Straße 4 / Tel. 93099 „Jüdischen Echos", München, Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 16 München, 20. April 1928 15. Jahrgang

Das „Jüd. Echo" ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5, Tel. 23363

1928 Wochenkalender 5688

	April	Ijar	Bemerkungen
Sonntag	22	2	
Montag	23	3	
Dienstag	24	4	
Mittwoch	25	5	
Donnerstag	26	6	
Freitag	27	7	
Samstag	28	8	אחרי קדשים מברכין בה"ב פרק ג'

Das Jüdische Echo

Nummer 16 **20. April** **15. Jahrgang**

Die Reichstagswahlen

Am 20. Mai werden in Deutschland die Wahlen in den Reichstag sowie in viele Landesparlamente stattfinden. Der Ausgang dieser Wahlen wird für die Richtung der deutschen Innen- und Außenpolitik in den nächsten vier Jahren maßgebend sein. Die Schicksalsverbundenheit jedes einzelnen Staatsbürgers mit der allgemeinen Politik des Staates macht es begreiflich, daß in der gesamten Bevölkerung das Interesse für die Wahlbewegung außerordentlich groß ist. Die Zahl der Uninteressierten nimmt von Wahlperiode zu Wahlperiode ab. Allmählich hat sich auch in dem sonst im Vergleiche zu den westlichen Nachbarn unpolitischen deutschen Volke die Erkenntnis durchgerungen, daß es in der Hand der Bewohner des Deutschen Reiches liegt, wie seine Geschichte von den Regierenden gelenkt werden soll. Gemeinsam mit allen anderen Staatsbürgern sind auch die Juden in Deutschland als Angehörige des Staates, in dem sie leben und wirken, in dem sie ihre Existenz finden, an der Politik ihres Heimatlandes interessiert. Je nach ihrer Weltanschauung und nach ihren wirtschaftlichen und sozialen Interessen geben die einzelnen Juden den verschiedenen Parteien ihr Stimme. Zahlenmäßig bilden die Juden im Deutschen Reiche nur ein Prozent der Bevölkerung und überdies sind sie sozial verschiedentlich geschichtet, so daß weder die Möglichkeit noch die Notwendigkeit vorhanden ist, daß sich die Juden als Juden zu einer Partei zusammenschließen, die selbständig auf den Plan treten könnte. Als Gesamtheit haben die Juden keine spezifisch jüdischen Forderungen an die Parlamente des Reiches und der einzelnen Länder zu richten. Trotzdem haben alle Juden das gemeinsame Interesse, daß die Prinzipien der in der Verfassung ausgesprochenen Gleichberechtigung auch in der Verwaltung durchgeführt werden. Es ist eine alte Wahrheit, daß es in einem Staate in der Praxis mehr auf die Verwaltung als auf die geschriebenen Rechte ankommt. Darum müssen die Juden, einerlei ob der einzelne politisch rechts oder links eingestellt ist, allesamt in stärkster Weise bestrebt sein, daß die Handlung der Gesetze durch die Verwaltung von einer Regierung kontrolliert wird, deren Zusammensetzung den ehrlichen Willen garantiert, daß das geltende Gesetz dem Wortlaut und dem Geiste nach zur Anwendung gelange.

Nun ist die Lage in Deutschland derartig, daß eine solche Garantie leider nicht von einer Rechtsregierung, mag sie sich auch in noch so feierlichen Worten auf die geltende Verfassung verpflichtet haben, geboten zu werden vermag. Überall, wo in den letzten Jahren Rechtsregierungen am Ruder waren, sei es im Reiche oder in den einzelnen Ländern, haben die Juden der verschiedensten politischen Überzeugungen und Richtungen die Schwere der Regierungsmethoden auf Schritt und Tritt zu spüren bekommen. Es liegt darum im eminenten jüdischen Interesse, daß sowohl im Reiche wie auch in den einzelnen Ländern Parlamentsmehrheiten zustande kommen, deren Ergebnis fortschrittliche, die Weimarer Verfassung ernst nehmende Kabinette sind. Daraus folgt, daß der einzelne jüdische Wähler oft unter Hintansetzung seiner persönlichen wirtschaftlichen und sozialen Forderungen bei der Entscheidung, wem er seine Stimmung geben soll, sich in erster Linie von der Tatsache leiten lassen muß, daß er Jude ist. Praktisch ist es unmöglich, daß ein Jude so tue, als ob er bei der Ausübung der rein staatsbürgerlichen Handlung, der Anteilnahme an der Wahl durch Stimmenabgabe, sein Judentum ganz außer acht lassen könnte. Die Wahlbeteiligung des jüdischen Staatsbürgers ist durch seine Zugehörigkeit zum Judentum bestimmt.

Der seines Judentums bewußte Jude (und in dieser Hinsicht ist es gleichgültig, wie er sein Judentum auffaßt, für die Außenwelt sind die Juden eine einzige unterscheidbare Gemeinschaft) wird also, ob er will oder nicht, seine Stellung im Wahlkampfe zu den einzelnen Parteien davon abhängig machen, wie diese Parteien sich zu den Juden stellen. Selbstverständlich kann also kein Jude den radikalantisemitischen, gemäßigt antisemitischen oder geheim-antisemitischen Parteien seine Stimme geben. Damit ist aber auch der Grundsatz aufgestellt, den die jüdischen Wahlberechtigten am 20. Mai dieses Jahres zu beobachten haben. Für wen sich ein Jude, nach Ablehnung der judengegnerischen Gruppen, entscheiden wird, ist eine Privatangelegenheit und für eine Anschauung, die das Gesamtinteresse der Juden im Auge hat, genügt es, daß jüdische Stimmen nicht dazu beitragen, die Judenhasser in ihrer Macht zu stärken.

Ideal ist natürlich eine derartige Wahlparole nicht. Doch besteht richtige Politik darin, das Mögliche im gegebenen Augenblick zu tun. Man darf sich darüber nicht täuschen, daß auch die fortschrittlichen Parteien Deutschlands keineswegs die richtige Einsicht für die besondere Lage der Juden haben. Das Um und Auf des Fortschritts besteht darin, daß diese Parteien zumeist die Judenfrage leugnen und daß für sie diese Frage nicht existiert. Die antisemitischen Parteien aber bejahen das Bestehen einer Judenfrage und sehen ihre Lösung in einer Niederhaltung und Unterdrückung des jüdischen Elementes im Deutschen Reich. An dieser Einstellung ist die Folgerung zu verurteilen, nicht aber die Erkenntnis, daß es tatsächlich ein jüdisches Problem gibt, obwohl die Juden nur den hundertsten Teil der Bevölkerung bilden. Die dem jüdischen Wähler am meisten entsprechende Partei wäre eine solche, die vor der Tatsache der auch in Deutschland existierenden Judenfrage nicht die Augen verschließt, und gewillt wäre, diese Frage im Einvernehmen mit den Juden zu behandeln. Da jedoch eine derartige Partei nicht vorhanden ist, so ist es tatsächlich nur das kleinere Übel, welches dem jüdischen Wähler angeraten wird, wenn man ihn auffordert, für jede Partei in Deutschland zu stimmen, sofern sie nicht antisemitisch ist.

Es ist gut, sich über diese Sachlage klar zu sein und keine Vogel-Strauß-Politik zu treiben. Man kann als ein im Leben stehender Jude nicht als der Weisheit Gipfel die Tatsache betrachten, daß das Vorhandensein eines jüdischen Problemes gerade von den Parteien negiert wird, die den größten Teil der jüdischen Stimmen gewinnen werden. Unter den gegebenen Verhältnissen muß man sich damit bescheiden, wenn einzelne Parteien auf Grund ihrer Prinzipien den Willen kundgeben, den Juden gleiches Recht angedeihen zu lassen. In Wirklichkeit müßte eine tatsächlich ehrlich fortschrittliche und für das Wohl aller Schichten und aller Gemeinschaften besorgte Partei den Mut haben, vorhandene Bedürfnisse jeder Gruppe, auch der jüdischen, zu berücksichtigen, sofern die Erfüllung dieser Bedürfnisse mit den allgemeinen Staatsinteressen nicht kollidiert. Doch davon sind wir in Deutschland noch sehr weit entfernt. Als Juden müssen wir uns zufrieden geben, wenn uns von Staats wegen kein Unrecht geschieht. Auf die Erfüllung aller berechtigten Ansprüche müssen wir notgedrungen verzichten. W.

Probleme jüdischer Arbeitslosigkeit*

Die Fragen der jüdischen Arbeitslosigkeit rükken erfreulicherweise immer mehr in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Die verschiedensten Institutionen bringen den Problemen der Verdrängung jüdischer Arbeitskraft aus der allgemeinen Wirtschaft immer größeres Interesse entgegen. Es finden Konferenzen statt, Kommissionen werden gewählt, und Erhebungen sollen angestellt werden. So wichtig die rhethorische und schriftliche Auseinandersetzung mit den in Frage stehenden Problemen auch sein mag, so notwendig auch Erhebungen zur gegenwärtigen Wirtschaftssituation der Juden und zur Feststellung der Erscheinungen sind, die die Verdrängung vom Arbeitsmarkt zu einer Massenerscheinung werden lassen, sie alle können die momentane Not der jüdischen Arbeitslosigkeit nicht lindern. Die einzige Institution aber, die zur Linderung auch der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit unter den jüdischen Arbeitnehmern berufen ist, und die unentwegt diese Aufgabe erfüllt, führt einen schweren Kampf um ihre Existenz. Der jüdische Arbeitsnachweis, zweifellos heute die wichtigste Waffe im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit unter den Juden, hat immer noch nicht jene Bedeutung im Leben der Gemeinden und der jüdischen Gemeinschaft erlangt, die ihm im gegenwärtigen Moment und in der Zukunft zukommt.

Die wenigen leistungsfähigen Arbeitsnachweise, die bereits bestehen, kämpfen um ihre Existenz. Finanziell nicht gesichert, von den jüdischen Organisationen und Gemeinden wenig beachtet, sind sie zumeist in ihrer Existenz von der Arbeitsleistung einer kleinen Gruppe von Menschen abhängig, die die Bedeutung der Arbeitsnachweise für die jüdische Gemeinschaft erkannt haben und mit all ihren Kräften für die Erhaltung und den Ausbau dieser Einrichtungen wirken. Während ein Teil der Arbeitsnachweise, die anerkannt gute und nützliche Arbeit leisten, schwer um ihre Existenz ringen müssen, sind die Schwierigkeiten, die der Gründung von neuen Arbeitsnachweisen, selbst in den Großgemeinden, entgegenstehen, fast unüberwindlich.

Die Vereinigte Zentrale für jüdische Arbeitsnachweise, die als Zusammenschluß sämtlicher jüdischer Arbeitsnachweise des Reiches die Aufgabe hat, Stellenausgleich und -austausch der Arbeitsnachweise zu gründen, hat ebenfalls mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die jüdische Arbeitslosigkeit ist keine lokale Erscheinung; sie erstreckt sich über das ganze Reich, alle Gemeinden sind von ihr betroffen und empfinden sie als eine empfindliche Belastung der örtlichen Wohlfahrtspflege. Linderung der Arbeitslosigkeit durch unmittelbare Beschaffung von Arbeitsgelegenheit ist in den kleinen Gemeinden kaum möglich. Eine breitere Basis der Hilfsmöglichkeit ist den Kleingemeinden sicher dadurch gegeben, daß mehrere Gemeinden eines Kreises oder einer Provinz sich zusammenschließen und gemeinsam einen Arbeitsnachweis begründen. Nur dann, wenn im ganzen Reich ein Netz von gut ausgebauten Arbeitsnachweisen vorhanden ist, ist der Zentralstelle durchgreifende Arbeitsleistung ermöglicht, können durch überörtliche Vermittlung und Austausch der Stellen eine größere Anzahl von Arbeitslosen außerhalb ihrer Heimatsgemeinde wieder in Arbeit gebracht werden.

Wenn also der Versuch einer Vereinheitlichung des gesamten jüdischen Arbeitsnachweiswesens Erfolg haben soll, so ist zunächst die Gründung jüdischer Arbeitsnachweise bei den Großgemeinden eine der dringendsten Aufgaben. Dabei kann aber nicht nachdrücklich genug vor einer Zersplitterung des Arbeitsnachweiswesens gewarnt wer-

* Aus der von der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge in Gemeinschaft mit dem Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands und der Vereinigten Zentrale für jüdische Arbeitsnachweise herausgegebenen Zeitschrift: Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge, Jahrg. 1, Heft 10.

den, wie sie sich gerade in den letzten Monaten in immer größerem Umfange bemerkbar macht.

Eine der entscheidenden Ursachen, die die Gründung selbständiger jüdischer Arbeitsnachweise bewirkt haben, einer der wichtigsten Rechtfertigungsgründe ihrer Existenz überhaupt, ist die Beschaffung sabbatfreier Arbeitsstellen für alle jüdischen Menschen, die darauf Wert legen, ihrer religiösen Überzeugung nach den Sabbat durch Arbeitsruhe zu heiligen. In diesem Sinne ist die gesamte jüdische Arbeitsnachweisbewegung ein Instrument zur Heiligung des Sabbats im besten Sinne des Wortes. Es bedeutet daher eine außerordentliche Schwächung der jüdischen Gesamtarbeitsnachweisbewegung, wenn nunmehr von verschiedenen Seiten mit besonderem Hinweis auf die Heiligung des Sabbats Arbeitsnachweise begründet werden, die nun ihrerseits ebenfalls an den jüdischen Arbeitgeber herantreten und bei ihm um sabbatfreie Stellen werben. Angesichts der bereits oben erwähnten Schwierigkeiten, denen der jüdische Arbeitsnachweis gegenübersteht, stehen wir schon jetzt in einigen Fällen vor der geradezu grotesken Erscheinung, daß in kleinen Gemeinden zwei jüdische Arbeitsnachweise nebeneinander wirken und beide um sabbatfreie Stellen werben. Sowohl für den jüdischen Arbeitnehmer als auch für den jüdischen Arbeitgeber entstehen aus dieser Situation, Schwierigkeiten, auf die schon jetzt hingewiesen werden muß. Die Organisation der allgemeinen jüdischen Arbeitsnachweisbewegung ist eine derartig elastische, daß sie jedem Kreise und jeder Anschauung die Möglichkeit der Mitarbeit bietet. Sie ist, was nicht oft und nachdrücklich genug versichert werden kann, in erster Linie darauf bedacht, jenen jüdischen Arbeitnehmern zu Stellen zu verhelfen, die auf Heiligung des Sabbats besonderen Wert legen. Die Schaffung eigener sabbattreuer Arbeitsnachweise bedeutet eine Zersplitterung der Arbeit, eine Schädigung der gegebenen und begrenzten Möglichkeiten, eine Vergeudung von Geldmitteln und Kräften, Kräften, die sich in gemeinsamer Arbeit sowohl für die Sabbatheiligung als auch in der Bekämpfung der jüdischen Arbeitslosigkeit überhaupt viel besser auswirken können.

Neben diesen besonderen Schwierigkeiten unserer jüdischen Situation hat der jüdische Arbeitsnachweis mit Erschwernissen zu ringen, die keine typisch jüdischen sind, sondern die auch jeden anderen Arbeitsnachweis vor entscheidende Aufgaben stellen. Die eigenartige Wirtschaftsstruktur der Juden aber, insbesondere die Überbesetzung der Kaufmannsschichten, bedeuten eine Steigerung der allgemeinen, auch sonst feststellbaren Notstände. Die Tragödie der älteren Angestellten insbesondere — und dies sind schon sehr oft Personen, die kaum das fünfunddreißigste Lebensjahr überschritten haben — ist für den jüdischen Arbeitsnachweis eine besondere und schwierige Eigenaufgabe, denn bei der großen Zahl jüdischer Handelsangestellter bedeuten die älteren Angestellten eine besondere Belastung des jüdischen Arbeitsnachweises. Jeder Arbeitsnachweis ist mit

derartigen älteren Angestellten, die in der freien Wirtschaft kaum noch unterzubringen sind, belastet. Versuche einer Berufsumschichtung oder Versuche zur Verselbständigung sind zwar in Einzelfällen von Erfolg begleitet, es fehlen aber die Kräfte und Geldmittel, um derartige Versuche zu groß angelegten Aktionen auszugestalten. Ähnlich ist die Lage der jüdischen Strafentlassenen, der Erwerbsbeschränkten, der Wanderer. Sie alle stellen die Zahl jener Elemente dar, die die Warteräume der Arbeitsnachweise bevölkern, ohne daß diese in der Lage sind, ihnen in irgendeiner Weise dauernd und durchgreifend zu helfen. Wenn hier der Versuch einer sinnvollen Hilfeleistung gemacht werden soll — und daß dieser Versuch gemacht werden muß, steht außer Zweifel —, so kann dies nur durch Notstandsarbeiten und produktive Einrichtungen der Gemeinden geschehen. Es bedeutet für diese aus der Wirtschaft gestoßenen Menschen schon eine wesentliche Erleichterung ihrer Lage, wenn sie auch nur in vorübergehenden Perioden von zwei bis drei Monaten arbeiten können, wodurch ihre Arbeitskraft erhalten und ihr Selbstbewußtsein in einem gewissen Umfange gestärkt wird. Aus dem Empfang der Fürsorgeunterstützung ist eine Arbeitsleistung geworden. Es darf allerdings nicht dazu kommen, daß die produktiven Einrichtungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die insbesondere den oben erwähnten, in ihrer Vermittlungsfähigkeit beschränkten Kategorien zugute kommen sollen, sich zu wirtschaftlichen Unternehmungen entwikkeln, die nach dem Gesichtspunkt der Rentabilität ihre Arbeitskräfte einstellen oder entlassen. Es darf auch nicht dazu kommen, daß derartige Einrichtungen im Laufe der Zeit sich wohl einen festen Stamm von Arbeitern erziehen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in größerem Umfange aber nicht mehr beitragen. Aus den Erfahrungen, die bisher mit jüdischen Notstandsunternehmungen, namentlich in Berlin, gemacht wurden, muß auf diese Tatsache besonders hingewiesen werden. Dieser Tatbestand ist das Ergebnis der Verwechslung der Begriffe „Wirtschaftlichkeit" und „Rentabilität". Wohl sollen produktive Notstandsunternehmungen wirtschaftlich geleitet

sein, d. h. sparsam geführt, unter Vermeidung unnötiger Ausgaben, unter Ausnutzung aller wirtschaftlichen Gegebenheiten. Aber produktive Wohlfahrtsunternehmungen können nie rentabel sein, wenn Rentabilität Selbsterhaltung des Betriebes oder gar Überschuß bedeutet. Als Wohlfahrtseinrichtungen sind sie den Zwecken der Fürsorge gewidmet und damit dem Kriterium der Rentabilität entrückt.

Zu einer der wichtigsten produktiven Einrichtungen, die der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Strafentlassenen und Erwerbsbeschränkten dienen, gehört die jüdische Arbeiterkolonie. Sie ist die einzige Einrichtung, die es ermöglichen könnte, eine größere Anzahl jüdischer Erwerbsbeschränkter zu geregelter Arbeit zurückzuführen, sie in ihrer Arbeitswilligkeit zu kräftigen und ihre Arbeitsfähigkeit zu erhalten.

Die Probleme der jüdischen Arbeitslosigkeit bedürfen zweifellos nach mancher Richtung hin auch einer theoretischen Klärung. Diese kann aber nur dann von Nutzen sein, wenn durch sie die praktischen Arbeitsmöglichkeiten gefördert, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Verdrängung der Juden vom Arbeitsmarkt verstärkt werden.

Abschluß der Münchener Keren-Hajessod-Aktion

Am 26. April findet die zweite große Veranstaltung des Keren Hajessod (Jüdisches Palästinawerk) in diesem Winter statt. Herr Dr. Martin Buber wird über „Ein Land und ein Werk" sprechen. Diese zweite Veranstaltung des Keren Hajessod soll, da die finanzielle Aktion dieses Jahres schon abgeschlossen ist, ausschließlich der Information der Münchener Freunde des Palästinawerks und der breiten Öffentlichkeit dienen. Zu diesem Abend hat das Präsidium des deutschen Keren Hajessod und ein Münchener vorbereitendes Komitee eingeladen. Diesem Komitee gehören die Herren Carl Adler, Rabbiner Dr. Leo Baerwald, Julius Basch, Oberlandesgerichtsrat Dr. Alfred Neumeyer, Justizrat Dr. Elias Straus und Generaldirektor S. Weiß an.

Wie wir von informierter Stelle erfahren, besteht die Wahrscheinlichkeit, daß an dieser Veranstaltung auch der Präsident des deutschen Keren Hajessod, Herr Direktor Oskar Wassermann, teilnehmen wird.

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht angebracht, einiges über die Entwicklung der Keren-Hajessod-Arbeit zu berichten. Der deutsche Keren Hajessod hat soeben eine Aufstellung über die Arbeit der ersten fünf Monate des jüdischen Jahres veröffentlicht. Aus diesem Bericht ersieht man, daß Deutschland unter allen europäischen Ländern in bezug auf die Einnahmen des Keren Hajessod an erster Stelle steht. Auch ist es dank der außerordentlich intensiven Arbeit und der Anwesenheit des Herrn Prof. Dr. Weizmann gelungen, gegenüber dem Voranschlag des Budgets die Eingänge um 30,6 Prozent zu erhöhen. Diese erfreuliche Entwicklung des Keren Hajessod soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Keren Hajessod in Deutschland noch weit davon entfernt ist, diejenige Stellung einzunehmen, die seinem Ziele und der Größe der an ihn gestellten Anforderungen entspricht. Es gibt noch viele Kreise, die vom großen Gedanken des Palästinaaufbaus noch nicht genügend durchdrungen sind, und es ist Aufgabe aller Freunde des Aufbauwerkes, durch intensive Arbeit weitere Kreise der deutschen Judenheit für den Keren Hajessod zu interessieren.

Fürther Gemeindewahlen

Da man seitens der Kultusgemeinde den Fürther Ostjuden das aktive und passive Wahlrecht vorenthalten hatte, kam es in diesem Jahre zum ersten Male seit Menschengedenken in Fürth zu einer Wahl. Der orthodox-liberalen Einheitspartei (welch unnatürliches Bündnis!) trat die „Jüdische Volkspartei" gegenüber. Sie hatte eine schwierige Position, da der von ihr an erster Stelle aufgestellte Kandidat in der einberufenen Wahlversammlung, zu der Freunde und Gegner eingeladen waren, gegen viele Punkte des in einem Flugblatt veröffentlichten Programms Stellung nahm. Trotzdem gelang es ihr, ein Mandat zu erkämpfen.

In der Wahlversammlung wurden einmal die Fürther Gemeindeverhältnisse in aller Öffentlichkeit gründlich klargelegt. Als erster Referent sprach Herr Dr. Nußbaum (Nürnberg) über den Anspruch der Ostjuden auf das Wahlrecht. Hierauf stellte sich Herr Rechtsanwalt Dr. Herzstein (Fürth) als Nichtzionist, liberaler Jude und Mitglied des Centralvereins vor, der trotzdem für die Jüdische Volkspartei eintrete, da es für ihn als Demokraten selbstverständlich sei, daß alle Juden und alle Richtungen des Judentums in der Kultusgemeinde vertreten seien. Als erster Diskussionsredner beteuerte ausgerechnet Herr Meier Königshöfer seine Sympathie für das Wahlrecht der Ostjuden. (Diese scheinen sich in den letzten Jahren sehr zu ihrem Vorteil verändert zu haben.) Seine Ausführungen über die Zubilligung eines Mandats für die Ostjuden durch den Verein „Schaumre Hadaß" wurden durch Herrn Blücher widerlegt.

Hierauf hielt Herr Dr. Bamberger (Nürnberg) scharfe Abrechnung. Fürth sei schon von jeher eine Zuwanderungsgemeinde gewesen. Die Zugewanderten seien aber — man sehe es ja — gute Fürther geworden. Ihren Ruf verdanke die Fürther Gemeinde hauptsächlich ostjüdischen Gelehrten, die früher hier gewirkt haben. Die Orthodoxen hätten keinen Beweis dafür erbracht, daß ihnen das Wahlrecht der Ostjuden sehr am Herzen liege. Auf einen diesbezüglich an sie gerichteten Brief hätten sie überhaupt nicht geantwortet. In der Mißachtung und Gleichgültigkeit gegenüber den Ostjuden seien sich Orthodoxe und Liberale gleich. Erstere seien auf alle Forderungen der Liberalen eingegangen. Sogar ihren Vorschlag auf Verstaatlichung der Schule hätten sie auf Druck von liberaler Seite zurück-

gezogen. Auf den Einwand, die Juden könnten mit einer konfessionellen Schule nicht den Anfang machen, sei zu erwidern, daß die übliche Simultanschule auch konfessionelen Charakter trage; denn die Anstellung eines jüdischen Lehrers an ihr sei unmöglich.

Herr Direktor Kunreuther sucht die unglückliche Position zu retten. Er selbst sei für das Wahlrecht der Ostjuden. Jedoch sei erst vor kurzem von ostjüdischer Seite eine dahingehender Antrag gestellt worden. Eine abtretende Gemeindeverwaltung könne aber eine so wichtige Entscheidung nicht treffen. Außerdem sei die Zeit zu kurz gewesen. Auch konnte er nicht oft genug wiederholen, daß die Nürnberger sich nicht in die Fürther Angelegenheiten einmischen sollten. Demgegenüber erklärte Herr Dr. Bamberger, daß man eine als gerecht erkannte Sache auch dann ausführen müsse, wenn kein Antrag gestellt sei, daß von einer abtretenden Verwaltung nicht die Rede sein könne, weil ja nur ein kleiner Teil ausscheide und daß man die Wahrheit nehmen müsse, woher sie auch komme. Was die Kürze der Zeit (drei Monate) anlangt, so verweise er auf Nürnberg, wo dieselbe Angelegenheit in noch nicht zweimal vierundzwanzig Stunden erledigt worden sei.

Herr Heinrich Landau erging sich in Wiederholungen der Ausführungen des Herrn Kunreuther, die aber aus seinem Munde besonders kläglich klangen, da er selbst Ostjude ist. Er wirkte lächerlich, wie er betonte, daß auch er für das Wahlrecht der Ostjuden sei. Für sein Eintreten werden sich die Ostjuden wahrscheinlich bestens bedanken. Herr Dr. Bamberger wusch ihm gehörig den Kopf und wies besonders auf die Unvereinbarkeit seiner Worte in dieser Versammlung mit seinem Verhalten kurz zuvor hin. Er betonte ausdrücklich, daß der Jüdischen Volkspartei weniger an der Erringung von Mandaten liege, als daran, die Verwaltungsmitglieder von der Gerechtigkeit ihrer Forderungen zu überzeugen. Insbesondere scheine die Verleihung des Wahlrechts an die Ostjuden keine Schwierigkeit mehr zu bereiten, da trotz des Vorwurfs der Feigheit durch den Versammlungsleiter, Herrn Dr. Löwengart, niemand sich dagegen ausgesprochen hätte.

Hoffen wir, daß in Zukunft nur mehr Erfreuliches aus Fürth zu berichten ist. H. L.

Die Einstellung der Arbeitslosenunterstützung in Palästina

Die Zionistische Exekutive hat nach Meinungsaustausch zwischen Jerusalem, London und Neuyork beschlossen, die Zahlung von Unterstützungsgeldern an die Arbeitslosen in Palästina einzustellen und durch Vornahme neuer konstruktiver Arbeiten zu ersetzen. Wie bereits berichtet, hatte sich die Arbeitslage in Palästina in den letzten Wochen so weit gebessert, daß zuletzt nur noch 600 £ wöchentlich an Unterstützung gezahlt werden mußten, gegen 1050 £ Anfang Januar. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt jetzt 2700. Die Überführung dieser Arbeitslosen zur Arbeit soll auf der Grundlage eines umfassenden und sorgfältig vorbereiteten Arbeitsplanes erfolgen, der u. a. vorsieht: 1. Errichtung des Nathan-Straus-Gesundheitszentrums; 2. Bau des Nordviertels in Tel-Awiw; 3. Bau der Straßen Petach Tikwah—Kfar Saba und Mes'cha—Afuleh; 4. Straßenbauten in Jaffa; 5. Arbeiten in der Quarantänestation in Haifa; 6. Erweiterung der Rutenbergarbeiten am Jordan; 7. Errichtung neuer Postgebäude; 8. Bau des Hospitals im Emek; 9. Wasserversorgungsarbeiten des Nationalfonds. Die Finanzierung erfolgt demnach aus verschiedenen Quellen. Sowohl Fonds der Regierung wie die allgemeinen zionistischen und Spezialfonds, Beiträge der Munizipalitäten und Mittel von Privatgesellschaften werden bei der Budgetierung dieser Arbeiten zusammenwirken.

Dieses Arbeitsprogramm erfordert jedoch eine Ergänzung durch Fortführung des im vorigen Jahr ebenfalls zur Ablösung von Arbeitslosenunterstützungen unternommenen Bauprogramms der Kolonien. Für die Ausführung dieses Programms sind außerhalb des vom Keren Hajessod auf Grund des Kongreßbeschlusses aufzubringenden Budgets noch weitere 25 000 £ erforderlich, die jetzt nach dem Beitrag von Felix Warburg zur Verfügung stehen, und zwar Beitrag Nathan Straus 10 000 £, Felix Warburg 10 000 £, anonym 5000 £.

Zur Komplettierung des gesamten Planes für die Liquidierung der Arbeitslosenunterstützung erschien auch eine weitere Beihilfe der Regierung in Höhe von 15 000 £ erforderlich, die als Gewährung einer Anleihe an Tel-Awiw zwecks Rückzahlung von Schulden an die Exekutive gedacht war. Die Palästinaregierung hat jedoch diese Anheihe abgelehnt, aber laut dem „Dawar" soll anstatt dessen die Straße Petach Tikwah—Kalkilieh ausgebaut, ebenso auch andere Arbeiten vorgenommen werden. An der Kalkiliehstraße dürften 400—500 Arbeiter beschäftigt werden, statt, wie vorher vorgesehen, nur 150.

Das Gelingen dieses Planes setzt natürlich die volle Deckung des regulären Budgets voraus. Nur so wird das vom Kongreß beschlossene finanzielle Sanierungsprogramm zugleich mit dem jetzt in Angriff genommenen neuen Bauprogramm durchgeführt werden können. Es ist zu hoffen, daß innerhalb einer nicht mehr allzulangen Zeit die Arbeitslosen endgültig und organisch von der Wirtschaft Palästinas absorbiert sein werden, so daß dann eine neue Alijah einsetzen kann. Die Zionistische Exekutive appelliert daher, die Anstrengungen für den Keren

Hajessod zu vervielfachen. In diesem Jahr, in dem in manchen Ländern die Keren-Hajessod-Arbeit eingesetzt hat, müssen schließlich doch noch Rekordeinnahmen für unseren Aufbaufonds erzielt werden. Es gelte einen Schritt vorwärts zu tun, den Schritt ins Freie, der zu einem neuen großen Aufschwung unseres Werkes führen wird. (Ziko)

Aus der jüdischen Welt

Der Reichsarbeitsminister gegen die Ausschließung sabbathaltender Arbeitsuchender von der Arbeitslosenunterstützung

Halberstadt, 13. April (JTA.) Der Preußische Landesverband gesetzestreuer Synagogengemeinden, Sitz Halberstadt, gibt bekannt:

Es ist in letzter Zeit häufig vorgekommen, daß jüdischen Arbeitslosen, die eine Arbeit am Sabbat aus religiösen Gründen ablehnen, die Arbeitslosenunterstützung entzogen wurde. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr auf eine Eingabe geantwortet, er werde zur Vermeidung weiterer Schwierigkeiten beim Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung anregen, daß bei Arbeitsvermittlungsansuchen orthodoxer Israeliten soweit als möglich versucht wird, sie in solchen Stellen unterzubringen, in denen am Sabbat keine Arbeit verlangt wird.

Prof. David Simonsen in Kopenhagen 75 Jahre alt

Berlin, 15. April. (JTA.) Der hervorragende jüdische Gelehrte und frühere Oberrabbiner Dänemarks, Prof. David Simonsen, hat am 17. März in Kopenhagen seinen 75. Geburtstag gefeiert und war aus diesem Anlaß Gegenstand herzlicher Ehrungen seitens der Judenheit Dänemarks und anderer Länder.

Völkerbund und Numerus clausus in Ungarn

Genf, 15. April. (JTA.) In Völkerbundskreisen hält man die Frage des Numerus clausus in Ungarn in der Form, wie sie in den Petitionen der jüdischen Organisationen an den Völkerbund aufgeworfen ist, für erledigt. Der Völkerbund hat in der Sitzung des Rates vom 12. Dezember 1925 die Erklärung der ungarischen Regierung, daß sie das Gesetz abändern wolle, in einer offiziellen Resolution zur Kenntnis genommen. Da nun das ungarische Parlament einen abändernden Gesetzentwurf angenommen hat, bestehe für den Völkerbund kein Grund, sich weiter mit dieser Frage zu befassen. Sollte die ungarische Regierung offiziell den Völkerbund von der Abänderung des Gesetzes in Kenntnis setzen und ihn ersuchen, diese Tatsache in einer Sitzung des Völkerbundsrates offiziell zur Kenntnis zu nehmen, so werde diese Frage wahrscheinlich auf die Tagesordnung der im Juni stattfindenden Sitzung des Völkerbundsrates gesetzt werden.

Die polnische Regierung setzt das Konzessionsgesetz außer Kraft

Warschau, 16. April. (JTA.) Bekanntlich hat die von Grabowski geführte frühere polnische Regierung einen Sejmbeschluß herbeigeführt, wonach die Konzessionen für den Handel mit Tabak und Spirituosen den bisherigen Inhabern entzogen und Kriegsinvaliden verliehen werden. Durch dieses Gesetz wurden etwa 30.000 jüdische Familien, die auch sonst wirtschaftlich schlecht gestellt waren, von der Gefahr bedroht, ihre wirtschaftliche Existenz ganz zu verlieren und auf die Straße geworfen zu werden. Eine größere Zahl Konzessionen ist bereits aus den Händen der bisherigen jüdischen Inhaber in die der polnischen Invaliden übergegangen. Die Praxis hat aber erwiesen, daß die Invaliden als Unternehmer nicht die notwendigen Qualitäten aufweisen, und daß deswegen dem Staatsfiskus ein immer größerer Schaden erwächst.

Die jetzige Regierung Pilsudskis hat nun beschlossen, die Verwirklichung des Konzessionsgesetzes zu unterbrechen und sogar die den jüdischen Konzessionären entzogenen Lizenzen den früheren Inhabern zurückzugeben.

Palästina-Reise des Rabbi von Radzimin

Warschau, 13. April. (JTA.) Der in der chassidischen Welt sehr verehrte Rabbi von Radzimin, Abraham Guterman, begibt sich in diesen Tagen nach Palästina, um zu versuchen, die innerhalb des polnischen „Kolel“ mit Bezug auf die Handhabung des Chalukkah-Wesens ausgebrochenen Streitigkeiten zu schlichten.

Jüdische Neusiedler in der Ukraine verlassen die Kolonien

Moskau, 31. März. (JTA.) Von 2415 Juden, die sich 1926 in der Ukraine auf dem Lande angesiedelt haben, verlassen jetzt — wie die jiddisch-kommunistische Tageszeitung „Emess“ mitteilt — 37 Prozent die Kolonien, unter ihnen 540 jüdische Neusiedler aus dem Distrikt Krivojrog.

Wachsender Antisemitismus in Sowjetrußland

Moskau, 12. April. (JTA.) „Prawda“ widmet zwei Spalten dem Problem des wachsenden Antisemitismus unter den russischen Kommunisten und findet es besorgniserregend, daß jüdische kommunistische Arbeiter in den Fabriken von ihren Arbeitskollegen mißhandelt worden sind. Den jüdischen Arbeitern wird das in Rußland verbotene Wort „Zsid“ (herabsetzender Ausdruck für „Jude“) zugerufen, auch die alte Parole „Schlagt die Juden und rettet Rußland!“, wird wieder lebendig. In Charkow haben drei Führer der lokalen kommunistischen Kooperative eine scharfe antisemitische Proklamation veröffentlicht. In Moskau schrieb der kommunistische Beamte Kolbasin an seinen jüdischen Nachbar Ro-

senbaum: „Denkt an die alten Pogrome und gebt acht, daß ich nicht eure Federbetten aufschlitze und die Federn fliegen lasse!" — „Prawda" begleitet die Mitteilung dieser Tatsachen mit einem Kommentar, in welchem sie das Steigen des Antisemitismus auf die wirtschaftliche Lage, die Konkurrenz des Privathandels, die Wohnungsnot und die jüdische Konkurrenz in den Büros, in denen Juden in großer Zahl sitzen, zurückführt. Dennoch, sagt „Prawda", muß der Antisemitismus bekämpft werden, da er nicht allein den Juden, sondern auch dem Prestige des Sowjetregimes abträglich ist.

Die Verfolgung der Juden in der Türkei dauert fort

Konstantinopel, 25. März. (JTA.) Ungeachtet der Versprechungen der Regierung, das Los der in gesetzlicher und wirtschaftlicher Bedrängnis lebenden Juden der Türkei zu erleichtern, dauern die administrativen Einschränkungen gegen die Juden fort. Den jüdischen Bürgern ist es noch immer verboten, in das Innere des Landes ohne vorherige Einholung einer besondern Erlaubnis zu reisen. Die jüdische Kaufmannschaft ist dadurch in ihren Geschäften sehr gehemmt und erleidet große Verluste. Jeder Jude, der sich aus Konstantinopel oder einer anderen Stadt auf das flache Land begeben will, muß ein spezielles Gesuch beim Distriktspräfekten einreichen, von dort kommt es zur Polizei, die es wiederum an die Zentralregierung in Angora weiterleitet. — Die Stadtverwaltung von Adrianopel hat den jüdischen Fleischhändlern verboten, ihre Läden an den Freitagen (der Feitag ist der Ruhetag der Mohammedaner) offen zu halten, obwohl der Freitag im Hinblick auf das folgende Sabbatfest der wichtigste Verkaufstag der Woche ist.

Die „Freunde Israels" vom heiligen Stuhl verboten

Rom, 9. April. (JTA.) Die Gesellschaft der „Freunde Israels" (Amici d'Israeli) ist vom Heiligen Stuhl verboten worden. Das Verbot hat in Italien großes Aufsehen erregt. Die Gesellschaft „Freunde Israels" wurde im Frühjahr 1926 von Mgr. Dr. van Asseldonk begründet und von einer Anzahl prominenter Prälaten unterstützt. Ihr erster Präsident war Kardinal Silj. Sie verkündete als ihr Ziel: eine Annäherung zwischen Juden und Christen auf der Grundlage gegenseitiger Verständigung herbeizuführen. Von den führenden Männern der Gesellschaft wurde nachdrücklich betont, daß diese nicht beabsichtige, ein missionares Werk zu betreiben.

Teilnahme Herbert Samuels an einer Keren-Hajessod-Veranstaltung in London

Das Keren-Hajessod-Komitee der United Synagogue in London veranstaltete zur Eröffnung seiner Sonderkampagne einen Empfang in Portman Rooms, auf dem Sir Herbert Samuel eine Rede über die Pflichten der Juden gegenüber Palästina hielt. Er verstehe es nicht, weshalb der britische Christ Palästina sein Interesse zuwendet, während der britische Jude gegenüber diesem Rufe taub bleibt. Es sprachen noch Philip Guedalla, der Vorsitzende des Keren-Hajessod-Komitees Simon Marks, der Vizepräsident der United Synagogue Samuel Moses, u. a. m. (Ziko)

Die „Zurück-zu-Herzl"-Bewegung in Amerika

Neuyork, 3. April. (JTA.) Etwa 30 führende Neuyorker Zionisten, die die oppositionelle sogenannte „Zurück-zu-Herzl"-Bewegung repräsentieren, hielten unter dem Vorsitz von Jacob de Haas im Hotel Breslin eine Beratung ab. Jacob de Haß, Robert Szold und andere Redner übten scharfe Kritik an dem gegenwärtigen Stand der Dinge in Palästina, an der Leitung der zionistischen Weltorganisation und an der Führung des amerikanischen Zionismus. Jacob de Haas erklärte, er sei wohl ein Gegner der Jewish-Agency-Idee, glaube aber, daß, wenn heute eine neue Administration gewählt werden würde, diese das nun einmal mit den Nichtzionisten getroffene Abkommen nicht wird annullieren können. Die Opposition werde sich jetzt auf das Ziel konzentrieren, eine Änderung in der Leitung der zionistischen Organisation Amerikas herbeizuführen, um dann den Kampf um die Vertretung beim Zionistenkongreß zu einem guten Ende zu führen. Eine Konferenz repräsentativer Zionisten ganz Amerikas wird zusammentreten, um den Ruf nach einem Wechsel der Leitung autoritativ ertönen zu lassen und die Vorbereitungen für die zionistische Jahreskonvention zu treffen. Das Datum der von de Haas angesagten Konferenz wurde für den 15. April angesetzt; jetzt verlautet aber, daß die Konferenz erst am 29. April wird stattfinden können.

Das internationale Arbeitsamt und das jüdische Aufbauwerk in Palästina

Jerusalem, 15. April. (JTA.) Herr Grimshaw, der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes bei der permanenten Mandatskommission



des Völkerbundes, der den Verhandlungen des internationalen Missionsrates in Jerusalem im Auftrage des Arbeitsamtes als Beobachter beigewohnt hatte, nahm auch an einer Sitzung des Waad Leumi (palästinisch-jüdischer Nationalrat) teil und erklärte in einer bei dieser Gelegenheit gehaltenen Ansprache, daß Herr Albert Thomas, der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes des Völkerbundes, sowie er, Grimshaw, selbst, jederzeit und überall das jüdische Aufbauwerk in Palästina unterstützen wollen.

Prinzeß Marys Aufenthalt in Palästina

Jerusalem, 15. April. (JTA.) Prinzeß Mary, die einzige Tochter des englischen Königspaares, und ihr Gatte Viscount Lascelles weilten vom 11. bis 15. April in Palästina und waren hier Gegenstand von Huldigungen der Bevölkerung. Sie wurden am Bahnhof von dem von seiner letzten Indisposition wieder hergestellten Lord Plumer, dem Oberkommissar von Palästina, und sämtlichen auswärtigen Konsuln begrüßt. Sie besuchten die hebräische Universität in Jerusalem, die Kwutza Dilb und verschiedene öffentliche Institutionen und traten heute die Reise nach Ägypten an.

Die Einnahmen der Palästinaregierung

Eine soeben erfolgte offizielle Veröffentlichung gibt die Einnahmen der Palästinaregierung während der ersten 8 Monate des laufenden Budgetjahres vom 1. April bis 30. November 1927 mit £ 1 478 651 an, und die regulären Ausgaben mit £ 1 241 087. Die hauptsächlichsten Einnahmen stammen aus Zöllen £ 502 499, Lizenzen, Steuern usw. £ 473 807, Eisenbahnen £ 226 727. Die Hauptausgaben waren für Polizei- und Gefängniswesen £ 209 590, Eisenbahnen £ 160 015, transjordanische Grenzschutztruppe £ 113 879. (Ziko)

Bestätigung des Budgets von Tel-Awiw

Nach längeren Verhandlungen wurde nunmehr das Budget der Stadtgemeinde Tel-Awiw nach Vornahme nur ganz geringfügiger Änderungen durch die Palästinaregierung bestätigt. Die Regierung gewährt Tel-Awiw eine Subvention (grant-in-aid) von £ 12 000, davon £ 10 000 für das allgemeine Stadtbudget und £ 2000 für die Erhaltung des Hadassah-Krankenhauses. Am Budget für das Jahr 1927 beteiligte sich die Regierung mit nicht ganz £ 10 000, die für den Polizeidienst bestimmt waren. (Ziko)

Feuilleton

Ausgrabungen in Palästina

Von Paul Kraus

Nachstehender, von einem Kenner des Problems der Ausgrabungen in Palästina stammender Aufsatz informiert vom jüdischen Standpunkte über die Entwicklung dieser äußerst interessanten Forschungsarbeiten.
(Redaktion.)

Nach dem Kriege setzten in Palästina an vielen Stellen Ausgrabungen ein, die alljährlich reiche Ergebnisse zeitigten. Ich denke hier weniger an die Grabungen, welche die jüdische Gesellschaft zur Erforschung Erez Israels in Galiläa an verschiedenen Synagogenruinen und in Jerusalem an der sogenannten dritten Mauer anstellte, weil sie einer späten, jüdisch-griechischen Zeit angehören und trotz vieler neuer Erfahrungen, z. B. um die Topographie Jerusalems, unser Gesichtsbild dieser Epoche doch im großen unverändert ließen. Die bedeutenderen Ausgrabungen, die eine Umwälzung in der historischen Erkenntnis von Palästinas Vergangenheit brachten und erst noch bringen werden, gehören der altisraelitischen und vorisraelitisch-kanaanäischen Zeit bis zum 4. Jahrtausend an.

Man war früher in archäologischen Kreisen sehr skeptisch, in Palästina irgend etwas zu finden. Was für Ägypten und Babylonien galt, wollte man hier nicht gelten lassen. Palästina, sagte man, war immer nur das Durchgangsland verschiedener Völker, war in seiner Kultur Provinz seiner beiden großen Nachbarn. Als dann vor einigen Jahrzehnten die in Keilschrift abgefaßten Tafeln von Tel Amara zum Vorschein kamen, die die Korrespondenz der syrisch-palästinischen Kleinfürsten des 14. Jahrhunderts mit dem Großkönig in Ägypten enthielten, während vor den Toren des Landes unruhige Nomadenhorden Eingang begehrten, als dann in der Folge auch die Denkmäler in Ägypten und Babel klar die Annahme einer bodenständigen hochentwickelten Kultur für Syrien forderten, die von hier aus besonders um die Wende des 3. Jahrtausends die Geschichte Babyloniens und des ganzen Ostens stark beeinflußte, da türmten sich die Fragen, die nur durch gründliche Untersuchungen an Ort und Stelle gelöst werden konnten. Dann kam der Krieg, der alle diese Bestrebungen mit einem Male abbrach.

Was vorher schon geschehen war, war gering und dazu noch sehr unmethodisch gewesen. Und es war zum Teil von nur theologisch-interessierten Kreisen ausgegangen, denen das gefundene Material nur willkommene Illustration zur Bibel war. Keine innere Notwendigkeit trieb die historische Wissenschaft zu diesen Ausgrabungen.

Etwa mit dem Jahre 1926 begann dann auf diesem Gebiete eine neue Ära für Palästina, die heute noch nicht beendet ist. Verschiedene kapitalkräftige Gesellschaften, besonders Engländer und Amerikaner, gaben den finanziellen Rückhalt. Und man ging jene Schutthügel (Tel) an, die von vornherein durch ihre Bezeugung in den historischen Quellen wichtige Resultate versprachen.

Näheres über die Art der Ausgrabungen, das Aussehen der Siedlungen, die oft in vielen Schichten übereinander gelagert sind, kann ich in diesem Rahmen nicht ausführen. Ich beschränke mich nur auf Aufzählung einiger besonders wichtiger Orte.

An der Stelle, wo die Ebene Jesreel sich zur Jordanspalte senkt, liegt die alte Stadt Bêt-schean (Beisan). Ein wenig abseits vom heutigen arabischen Ort. Die Überreste aus griechisch-römischer, der letzten bedeutenden Ansiedlung hier, lagen immer unter freiem Himmel: Amphitheater, Hippodrom, Säulenstraßen und hoch oben auf der Höhe des Stadthügels der griechische Tempel. Die Ausgrabungen unter diesem ergaben, daß Bêt-schean zur Zeit der Einwanderung der Israeliten und lange vorher eine ägyptische Grenzfestung war. Drei ägyptische Tempel aus verschiedenen Epochen ließen sich übereinander nachweisen. Und u. a. fand man eine Siegesinschrift des Pharaoh Bethos, in der er unter den besiegten Völkerschaften auch einen Namen von Hebräern nennt. Dabei ist hier erst der Anfang

gemacht. Unter der genannten Schrift, die dem 13. bis 14. Jahrhundert angehört, liegen noch zumindest zehn Meter Lagen übereinander, und es ist fast sicher, daß weitere Untersuchungen bis in die Neuzeit führen werden, aus der im Emek dauernd neue Überreste zum Vorschein kommen.

So war es Ende des 2. Jahrtausends, als Ägyptens Macht bis weit nach Nordsyrien reichte, aber sich kaum mehr der von Norden und Osten anstürmenden neuen Völkerschaften erwehren konnte. Ein anderes Bild geben uns Grabungen am entgegengesetzten Ende des Landes. Erst heuer hat der bekannte Forscher Ägyptens, Flinders Petrie, mitten in der Wüste Jehuda, schon südlich von Gaza, einige Hügel aufgedeckt. Es sind auch hier Grenzfestungen, aber vollkommen assyrischen Typus, wie sie im ganzen Bereich der assyrischen Monarchie des achten Jahrhunderts zu finden sind, vielleicht eben jene, die Hiskia zum Schutze gegen Edom und Ägypten baute. So sehen wir hier die andere Macht, die das Schicksal Palästinas bestimmte, schon ihre Hand ausstrecken und die Symbole ihrer Herrschaft sind ihr drohend voraufgegangen. Wir kennen alle die Ereignisse dieser Zeit, aber sie erfahren durch solche Funde neue Belebung.

Der ruhigen Zwischenzeit, die dem Volk vom Niedergang der einen Weltmacht bis zum Aufstieg der anderen freiere Entwicklung seiner Eigenart gewährte, gehört der größere Teil der Funde aus der Davidstadt in Jerusalem an. Doch soll von diesen an anderem Ort die Rede sein. Ein wenig nördlich von Jerusalem, eine der Höhen, die den Horizont der Stadt abschließen, ist Gibea Saul (Tel el-Ful). Es ist die Heimat Sauls, die er und auch die späteren Könige stark befestigten. Eine Zeitlang, während der Philisterinvasion, war Gibea der Sitz des philistäischen Fronvogtes und eine Bestätigung dessen

sind die Gefäßtypen, die diesen Lagen angehören und ihre Parallelen nur an den Küstenorten haben.

Das Schönste aber, was bisher die archäologischen Forschungen zutage gefördert haben, ist Sichem (bei Nablus). Günstige Umstände bewirkten, daß hier die Grabungen viel leichter und die Ergebnisse auch für den Laien viel sichtbarer waren. Die Stadt war seit dem zehnten vorchristlichen Jahrhundert nicht mehr besiedelt, und so hatte man sich nicht durch einen Berg von jungen Schichten durchzufressen, sondern es gab nur zwei: eine aus der israelitischen Richterzeit, die Stadt des Abimellech, Gideons Sohn, und die andere, die kanaanäische. Die deutschen Ausgraber, unter Professor Sellins Leitung, lösten die gestellten Aufgaben glänzend. Die bis fünfzehn Meter hohen Ringmauern, die gewaltigen Stadttore, der Palast, der riesige Tempel des Bundesbaal (Baal-Berith) mit seinen Kapellen und Wirtschaftsräumen, die auch inschriftlichen Funde (einige Keilschrifttafeln geschäftlichen Inhalts), all das für sich allein würde genügen, um ein reiches Bild der Kulturzustände jener Zeit zu erhalten. Professor Sellin wird in der nächsten Zeit selbst über seine Ausgrabungen in Berlin referieren, und es sei hier eigens auf seinen Vortrag aufmerksam gemacht.

Solche Aufzählungen ließen sich noch lange aufführen und bis in Einzelheiten verfolgen. Und was sind die allgemeinen Ergebnisse? Wir haben bisher nur von Bestätigung der biblischen Berichte und ihrer Belebung durch die Ausgrabungen gesprochen. Aber das ist nur der kleinste Dienst, den sie leisten. Wenn wir z. B. die früheren Palastbauten (in Sichem, Megiddo usw.) näher untersuchen, so ergeben sich merkwürdige Parallelen mit Erscheinungen, die wir nur noch in den jüngst erforschten Gebieten der kleinasiatisch-chetitischen Kulturwelt vorfinden. Das gleiche gilt von den Tempeln, den Bilddarstellungen und auch von der Sprache — die auf den Keilschrifttafeln erhaltenen Eigenamen jener vorisraelitischen Bevölkerung sind oft identisch mit den kleinasiatischen und überhaupt nicht semitisch. Das verschiebt unsere ganze historische Vorstellung von jener Zeit.

Und das läßt auch neue Aufgaben für die Bibelwissenschaft ersehen. Eine neue gewaltige Macht ist erkannt worden, die mit die geschichtliche Gestalt Israels formte. Und die ebenso wie die anderen erst niedergerungen, geistig besiegt werden mußte, damit das Volk seinen Genius ausleben konnte. Daß ein solcher Kampf nicht spurlos am biblischen Schrifttum vorbeiging, ist selbstverständlich. Dies aufzuzeigen, ist eine der Aufgaben der Zukunft.

Eines ist zu bedauern, daß die jüdische Bevölkerung Palästinas so wenig Anteil an diesen Dingen nimmt. Es gibt eine Menge Leute in Beth Alfa, die noch nicht in das eine Stunde weit entfernte Bêtschean gekommen sind. Und in Jerusalem wissen nur die wenigsten, wo denn überhaupt die Ausgrabungen zu suchen sind. Eine Erziehung, die erstrebt, die Jugend mit dem Lande zu verknüpfen, müßte sie auch zu seiner Vergangenheit und deren Denkmälern führen.

Das Moskauer jüdische akademische Theater in Berlin

Berlin, 13. April. (JTA.) Am Mittwoch, dem 11. April, begann das von Alexis Granowsky geführte Moskauer jüdische akademische Theater sein Berliner Gastspiel im Theater des Westens mit der Aufführung der Musikalischen Komödie „200.000" frei nach Scholom-Aleichem. Bearbeitung und Regie: Alexis Granowsky; Musik: Leo Pulwer. Der große Theatersaal war von Angehörigen der verschiedensten Gesellschaftsschichten Berlins besetzt. Ein großer Teil des Publikums feierte die Darsteller, insbesondere Alexis Granowsky und den Hauptdarsteller Michoels durch rauschenden Beifall und rief sie oft vor die Rampe, während der Rest des Publikums sich reserviert verhielt.

Die Aufnahme in der Presse ist zum großen Teil enthusiastisch. Alfred Kerr schreibt im „Berliner Tageblatt": „In summa: für die Kenntnis von allerhand Möglichkeiten der Bühnenkunst ist hier ein prachtvolles und absonderliches Beispiel. Drei, vier, fünf Gattungen verwebt. Wort, Sang, Hupf, Bild, Ethnologie. Gestuft bis ins letzte. Klappend. Kein toter Punkt am ganzen Abend. Nicht eine Sekunde lassen sie locker, Sprechstück, Singstück; auch Wurstelprater; commedia dell' arte; dazwischen Tempelklang; Puppenbühne; Variété; fast Clownzirkus ... und Menschlichkeit. Wunderbar."

In der „Vossischen Zeitung" schreibt Monty Jacobs: „Die Habimah auf lustig. Alexis Granowsky, der Leiter des Ensembles, das gestern mit so viel Glück die Europa-Reise antrat, wird diesen Vergleich wahrscheinlich ablehnen. Er kann sich ja auch auf die Verschiedenheit der Sprache berufen: die Habimah spricht hebräisch, seine Truppe jiddisch. Aber es ist die gleiche Besessenheit, der gleiche furor judaicus, die gleiche elektrisierende Hingabe der Schauspieler an ihr Werk. Ein Spiel, das den Zuschauer von seinem Sitz aufreißt, hinein in den Rhythmus der Leute da oben auf der Bühne."

Der Kritiker des „Lokal-Anzeigers" nennt die Moral des Stückes, daß die reichen Leute böse und die armen Leute gut sind, „primitiv" und faßt seine Eindrücke wie folgt zusammen: „Längen, Übertreibungen, Unverständlichkeiten, Geschmacklosigkeiten. Die Personen teils Marionetten in häßlichster Karikatur (die bösen Reichen), teils naturalistisch geschaute, aber expressionistisch verzeichnete Gestalten mit stilisiert übersteigerten Gesten."

Max Hochdorf im „Vorwärts": „Man sah vorläufig mehr Kunststücke als Kunst, mehr Dressur als guten Geschmack, mehr Clownerie und Zirkus als Theater."

Besondere Erwähnung verdient noch eine Kritik, die der „Jüdisch-Liberalen Zeitung". Nicht etwa, weil der Referent, Herr Walter Loewenstein, außerordentliches Verständnis für die gewiß auch angreifbare Kunst dieser jüdischen Schauspieler besäße, sondern weil sich in seinen Betrachtungen wieder einmal diejenige Geisteshaltung dokumentiert, die wir seit Achad Haam „Innere Knechtschaft bei äußerer Freiheit" zu nennen gewohnt sind.

Herr Löwenstein schreibt u. a.:

„Als der Erfolg des jiddischen Neuyork vor kurzem bei Reinhardt in den Berliner Kammerspielen gezeigt wurde, schrieb ich hier, daß uns die Problematik dieser Ghettojuden nicht tangiert. Uns ist die Möglichkeit einer Synthese von modernem Leben und jüdischer Religiosität Gewißheit. Und wenn nun hier wieder in dem Stück von Scholom-Aleichem gezeigt wird, die armen Juden hui, die reichen Juden pfui, so wissen wir, daß diese primitive Ghettoauffassung mit der fortschreitenden Emanzipation, die auch das Ostjudentum jetzt durchlebt, verschwinden wird......

Alles in allem: ein unerfreulicher Abend. Nicht nur, weil für uns das Jiddisch keine Sprache der Kunst ist (Sperrung von uns. Red.), sondern auch, weil uns der Inhalt des Stückes und die Darstellung nicht selten anwidert. In einer Pause hörte ich von einem der zum Glück nicht eben zahlreichen nichtjüdischen Theaterbesucher einen Ausdruck der Bewunderung darüber, wie diese jüdische Truppe die jüdischen Schwächen darzustellen vermag. Nur gut, daß diese Schwächen nur in der Phantasie der Ghettojuden und der Nichtjuden bestehen."

Ob Herr Löwenstein den Gebrauch der jiddischen Sprache verbieten möchte?

Ein Kommentar zu dieser Leistung erübrigt sich.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Abschluss der Münchner Keren-Hajessod-Aktion

Wie wir nach Schluß der Redaktion erfahren, wird der Präsident des deutschen Keren Hajessod, Herr Direktor Oskar Wassermann, bestimmt an der Veranstaltung vom 26. April im Cherubinsaal, für die Herr Dr. Martin Buber als Referent vorgesehen ist, teilnehmen und auch selbst das Wort ergreifen. Da Herr Wassermann noch am selben Abend weiterreisen muß, wurde der Beginn der Veranstaltung auf 8 Uhr verlegt.

Karten zu dieser Veranstaltung sind bis zum 25. April nur im Büro des Keren Hajessod, Herzog-Rudolf-Straße 1, nachmittags von 3—6 Uhr zu haben.

Hebräische Sprachkurse München. Sommersemester 1928. Das Sommersemester beginnt Montag, den 23. April. Sämtliche bestehenden Kurse werden fortgesetzt, außerdem werden Neuanmeldungen für einen Anfänger- und Kinderkurs (letzterer soll jeden Mittwoch nachmittag stattfinden) entgegengenommen. Alle diejenigen, die die Absicht haben, an diesen Kursen teilzunehmen, werden gebeten, sich im Kurslokal, Herzog-Rudolf-Straße 1, anzumelden. (Telephon 297 449.) Der Stundenplan bleibt vorderhand der gleiche wie im vergangenen Semester.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez, München. Heute, Samstag, den 21. April 1928, findet in unserem Vereinslokal, Herzog-Rudolf-Straße 1, Parterre (Lessingsaal), eine Unterhaltung über junge jüdische Maler, die für die moderne Kunstrichtung maßgebend sind, statt. Einleitung: Herr Schneuer jun. Beginn: 8.45 Uhr abends. Die Vorstandschaft.

Schachklub „Lasker", München. Regelmäßiger Schachabend ist Mittwoch ab 8 Uhr im Restaurant „Herzog Heinrich", Ecke Landwehr- und Mathildenstraße. Gäste sind jederzeit willkommen.
Die Vorstandschaft.

Bar-Kochba, Leichtathletik-Abteilung. Morgen, vormittag halb 11 Uhr, findet auf dem Sportplatz an der Säbenerstraße das Rückspiel gegen Postsportverein I statt, das wir mit folgender Mannschaft bestreiten:

Kornhauser Jos.
Levite Kornhauser Otto
Finkel Schuster Felsen
Fleischer Hellfeld Schneuer Goldstern Gröbel

Bar-Kochba, München. Ab Montag wird der gesamte Turn- und Sportbetrieb aufgenommen. Es turnen am Montag von 6 bis 7 Uhr die Mädchen, von 7 bis 8 Uhr die Damengruppe I und von 8 bis 9 Uhr die Damengruppe II in der Turnhalle der Luisenschule. Dortselbst findet Dienstag von 6 bis halb 8 Uhr das Training der Herren statt. Am Donnerstag abends ab halb 7 Uhr ist Leichtathletik- und Handballtraining auf dem Sportplatz an der Säbenerstraße.

D. S. V. II : Bar-Kochba 8:5 (6:2). Die Gegner lieferten sich einen hartnäckigen Kampf, den D. S. V. mit viel Glück für sich entschied. Ausschlaggebend für den Erfolg des D. S. V. war zweifellos seine Abwehr, die sich in glänzender Form repräsentierte und die in der 1. Halbzeit überaus mäßige Leistung der B.-K.-Läuferreihe. Die Verteidigung griff meistens zu spät ein und der Angriff ließ hauptsächlich in den ersten dreißig Minuten die genaue Zusammenarbeit vermissen. Erst in der 2. Halbzeit wurden die Stürmer besser. Spielverlauf: Die mit Ersatz spielende B.-K.-Elf muß gegen den Wind kämpfen, D. S. V. ist dadurch stark im Vorteil und erzielt in fünfzehn Minuten vier Treffer. Bar-Kochba kommt jetzt immer mehr auf, doch läßt die linke Sturmseite manche Chance aus. Auf Vorlage von Schuster wirft Hellfeld das erste Tor und auf Zuspiel von Fleischer kann Schneuer den zweiten Erfolg für B.-K. erzielen. Obwohl das Spiel ziemlich ausgeglichen ist, kann D. S. V. noch das fünfte und mit Halbzeitpfiff das sechste Tor für sich buchen. In der zweiten Spielhälfte hat B.-K. den Wind zum Bundesgenossen. Hellfeld wirft Nummer drei und Schneuer erzielt durch feinen Fernwurf das vierte Tor. B.-K. gewinnt immer mehr Boden, D. S. V. verwirkt einen Dreizehnmeter, den Schneuer jedoch unplaziert wirft, so daß der Torwart zur Ecke abwehren kann. Durch zwei vermeidbare Tore wird nun der Sieg von D. S. V. sichergestellt. Im Bar-Kochba-Strafraum kommt ein Gegner zu Fall und während Kornhauser Samariterdienste versieht, rollt der Ball über die Linie ins leere Tor. Kurz darauf bekommt D. S. V. auch noch einen Dreizehner zugesprochen, der unhaltbar verwandelt wird. Gegen Schluß des Spiels wirft Levite einen Strafwurf zum fünften Tor für B.-K. ein.

Talmud-Thora-Schule, München. Das Sommerhalbjahr hat begonnen. Aufnahme von Schülern jeder Altersstufe kann täglich noch erfolgen. An die Eltern richten wir bei dieser Gelegenheit die dringende Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Kinder regelmäßig zu den festgesetzten Stunden erscheinen, denn nur dann kann von einem dauernden Fortschritt durch den Unterricht die Rede sein.

München. Der Landesverband Jüdischer Metzgermeister in Bayern e. V. hält seinen Verbandstag in Nürnberg, Hotel „Deutscher Hof", Grüner Saal (Lehrerheim), Sonntag, den 29. April, ab. Beginn vormittags 11 Uhr.



Münchener Spendenausweis Nr. 19 vom 10. bis 17. April 1928

Goldenes Buch. Frida und David Horn: Familie D. Horn gratuliert Herrn und Frau D. Goldberg zur Geburt ihrer Tochter RM. 2.—; Familie J. Schweitzer gratuliert der Familie Goldberg-Gidalewitsch zur Geburt ihres Enkelkindes RM. 2.— = RM. 4.—.

Pessachaktion. Gesammelt durch Max Feder: Bernh. Lustig RM. 50.—, J.-R. Dr. Elias Straus 20.—, J.-R. Dr. Emil Fränkel 10.—, Dr. K. Bacharach 5.—, Dr. J. Siegel 5.— = RM. 90.—.

Gesammelt durch Sophie Bohrer: A. Frieser RM. 5.—, J. Bamberger 3.—, Th. Pories 3.—, M. Eisenberg 2.—, Ph. Kraus 1.—, W. Wolf 1.—, H. Gröbel 1.— = RM. 16.—.

Gesammelt durch Oskar Gröbel: J. Fleischer RM. 2.—, L. Drechsler 2.— = RM. 4.—.

Büchsen: Frl. Ida Gutmann RM. 10.—.

Summe RM. 124.—.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1927 RM. 3 638.66.

Nürnberger Spendenausweis vom 13. April 1928

Purimspenden durch Sigmund Hamburger von Frl. Ida Dormitzer RM. 3.—. Durch Hanna Birnbaum (Fürth) von Fam. Löwengart RM. 10.—. Spendenbuch: Herr und Frau E. Marx anläßlich 80. Geburtstag der Frau Josefine Rosenbaum RM. 10.—. Durch Frl. Hanna Birnbaum (Fürth) RM. 15.— (Herr und Frau Paul Lachmann anläßlich ihrer Silberhochzeit 10.—, Hutzler anläßlich Verlobung 5.—).

Bäume für den Dr. David Grünbaum s. A. Garten: (2. Ausweis) Dr. Max Lorch und Frau, Dr. Hermann Baer und Frau, Dr. Ludwig Obermeyer und Frau, Dr. Baruch Latte und Frau, je 2 Bäume; Dr. Karl Rothschild und Frau (Gunzenhausen), Dr. Stefan Löwengart und Frau, Dr. Bernkopf und Frau, Frau Fritz Obermeyer, Sanitätsrat Dr. Rothmann, Dr. Willy David, Dr. Reinhold Seligmann und Frau, Frau Bertha Reitzenstein, Siegfried Kahn und Frau, Julius Kahn und Frau, Frau Henny Kahn, Karl Halle und Frau, Dr. Willy Strauß und Frau, Dr. Heinr. Fuld und Frau, Dr. Martin Brandeis und Frau, Dr. Willy Neuland und Frau, Dr. Leo Seidenberger, Dr. Emil Weinstock, Dr. Adolf Weinstock, Dr. Nathan Rosenthal und Frau, Josef Astruck und Frau, Dr. Schlesinger, Frau Ghitta Hillmann, Leo Prager und Frau, Heinrich Engel und Frau, Heinrich Gutmann und Frau, Lily Vorhaus, Frida Vorhaus, Sigmund Oppenheimer und Frau, Sanitätsrat Dr. Jacob Guggenheim und Frau, je 1 Baum; Dr. S. Wilhermsdörfer, Dr. Moritz Reichsthaler, Dr. Harry Warburg, je ½ Baum = 39½ Bäume RM. 237.—, **Bis jetzt 109½ Bäume.** Summe RM. 275.—.

Seit 1. Oktober 1927 aufgebracht RM. 5 637.04.

Würzburger Spendenausweis vom 15. April 1928

Büchsen: Frau Sarah Seligsberger RM. 22.—.

Geleert durch Ida Fließ bei Frau Irma Freudenberger RM. 4.25, J. Ostrach 2.67, J. Handburger 2.50, Dr. Hannover 3.—, Frau Schloß 3.—; durch Trudl Emrich: Frau Emrich 4.10; durch Michel Golomb und Heini Michel: Stoltz 1.50, Frau Baumblatt 10.65, Frau Bajowitz 1.12, Kurz 3.05, Max Golomb 3.—, Wohl 2.60, Schwarz 2.70, Habermann 1.77, Akselrad 1.50, Wald 2.42, Wachtel 1.—, Holzmann 2.—. Zusammen RM. 74.83.

Bamberger Spendenausweis vom 3. April 1928

Purim-Aktion: gesammelt durch Frau Anna Katz und Franz Brüll: Komm.-Rat W. Lessing RM. 50.—, Ungenannt 40.—, Joseph Heßberg 30.—, A. u. O. Lessing 20.—, F. Heßlein 20.—, Otto Kahn 20.—.

C. Freudenberger, Gunzenhäuser, S. Ehmann, Anna Rödelheimer, S. Löbl, F. Mayer, R. Kalischak, J. u. G. Fleischmann, F. Grausmann, S. Rosenfelder, Justizrat Bettmann, Finkelgrün je RM. 10.—.

J. Saalheimer, M. Rosenfelder, S. Obermayer, Schubart, S. Brandes je RM. 5.—. Gesamtsumme: RM. 330.—.

Die Geburt eines kräftiges Sohnes zeigen hocherfreut an

Jakob Kohn und Frau Ruth
geb. Ehrentreu

MÜNCHEN, Herzog-Rudolf-Straße 1

Familie M. HOLZMANN gratuliert Herrn Kohn und Frau zur Geburt ihres Sohnes.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog-Max-Straße 4, München.